

NRW will Städte auf Fluten vorbereiten RP vom

Die Katastrophe im Sommer hat Mängel in den Schutzkonzepten offengelegt. Mit einem 15-Punkte-Plan will das Land die Reaktion im Notfall jetzt verbessern. Von der Bevölkerung wird mehr Eigenverantwortung erwartet. 16.02.2022

VON CHRISTIAN SCHWERDTFEGER

DÜSSELDORF Nach der verheerenden Flut im vergangenen Juli soll der Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen teils neu aufgestellt werden. „Es wäre unmenschlich, würden wir nicht aus der Vergangenheit lernen. Egal, was morgen über uns hereinbricht – wir wollen vorbereitet sein“, sagte Innenminister Herbert Reul (CDU) am Dienstag. Insbesondere sollen Abläufe in den jeweiligen Leitstellen und Kommunikationsstrukturen im Krisenfall deutlich verbessert werden, wie aus dem Abschlussbericht des Kompetenzteams hervorgeht. „Wir alle wollen und werden beim nächsten Mal besser vorbereitet sein. Das sind wir den Toten schuldig“, sagte Reul.

Unwetter mit ungewöhnlich starken Regenfällen hatten Mitte Juli in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen eine Hochwasserkatastrophe ausgelöst. Ganze Landstriche wurden von den Wassermassen verwüstet – 49 Menschen starben allein in Nordrhein-Westfalen.

Ein 13-köpfiges Gremium sollte die wichtigsten Probleme im Katastrophenschutz benennen und Empfehlungen zur Weiterentwicklung erarbeiten. Herausgekommen sind 15 Punkte, die nach und nach umgesetzt werden sollen. So soll der Katastrophenschutz digitaler werden, damit im Ernstfall schnell ein relevantes sogenanntes Landeslagebild zur Verfügung steht. Auch soll das Land die Einsätze stärker als bisher koordinieren und an sich ziehen; ein Führungsstab ähnlich wie bei der Polizei bei Großlagen soll auf Landesebene installiert werden.

Admiral a.D. Manfred Nielson, Mitglied der Expertengruppe, betonte, wie wichtig eine klare Führung in solchen Situationen sei: „Wir brauchen mehr Verantwortung statt Zuständigkeit. Aus unserer Sicht herrscht noch zu viel Nebeneinander und zu wenig Miteinander“, sagte Nielson. „Die Bürger müssen Vertrauen in den Staat haben, dass notwendige Vorsorge getroffen wird“, so Nielson. In NRW hatte es während der Flut keinen großen Kri-

senstab gegeben, sondern eine Koordinierungsgruppe. Das war von der Opposition kritisiert worden.

Auch die Verwaltungen sollen besser vorbereitet werden; Stäbe in Städten und Kreisen sollen regelmäßig dafür geschult werden. Auch eine sogenannte Katastrophenschutzbedarfsplanung soll eingeführt werden – mit verbindlichen Warnkonzepten und Risikoanalysen auf kommunaler

Ebene. Außerdem soll im Notfall direkter und unmissverständlicher in den Hörfunk eingegriffen werden können; dafür bedarf es allerdings einer Änderung des WDR- und Landesmediengesetzes.

Sirenen sollen nur noch heulen, wenn der Alarmfall für die Bevölkerung gilt. „Sie sollen der Weckruf sein und dazu führen, dass sich die Menschen über die Medien rasch informieren, welche Gefahr droht“, erklärte Reul. Demnach sollen die Sirenen nicht mehr wöchentlich samstags um 12 Uhr heulen und auch nicht mehr zur Selbstarbarmierung der Feuerwehr. Der frühere NRW-Polizeinspekteur Bernd Heinen, ebenfalls Mitglied des Expertenrats, fügte hinzu, dass junge Menschen verstärkt über soziale Medien gewarnt werden müssten. Für Gehörlose sollen entsprechende Systeme aktiviert werden.

Andreas Klos, Leiter der Branddirektor der Berufsfeuerwehr Krefeld und ebenfalls Teil des Gremiums, wies darauf hin, dass auch auf die Bürger mehr Eigenverant-

wortung zukommen werde, weil den Behörden Kapazitäten fehlten. „Die Einsatzkräfte können nicht überall gleichzeitig sein. Die Menschen werden sich daher auch ein Stück weit selbst helfen müssen im Katastrophenfall“, sagte Klos. Auch Reul betonte, ohne die Bevölkerung werde es nicht gehen. „Nur wer sich selbst zu helfen weiß, kann auch anderen helfen. Eine Vollkasko-Mentalität wird uns nicht weiterbringen“, warnte der Innenminister.

Klos bekräftigte, dass die Bevölkerung stärker eingebunden werden müsse. „Die enorme Hilfsbereitschaft bei der Flut hat gezeigt, welches enorme Potenzial vorhanden ist“, so der Brandmeister. Diese spontane Hilfe aus der Bevölkerung soll künftig durch eine landesweite Vermittlungsplattform besser koordiniert werden. Im Ahrtal hätten sich freiwillige und professionelle Helfer zeitweise gegenseitig blockiert, so Klos. Nun sollen auch überall im Land dezentrale Depots mit Material und Gerät für den Katastrophenfall entstehen.

INFO

Aufarbeitung im Team und im Ausschuss

Kompetenzteam Im 13-köpfigen Gremium vertreten sind Experten aus Kommunen, Hilfsorganisationen, der Bundeswehr, der Polizei, der Feuerwehr und dem Technischen Hilfswerk.

Ausschuss Im Landtag arbeitet ein Untersuchungsausschuss ebenfalls die Flutkatastrophe und mögliche Versäumnisse auf.